



ASİTÎ BARİŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr.1 • April/Mai 2001

An die Lesenden,

Die erste Ausgabe dieser Publikation kommt in zeitlicher Nähe der österlichen Aktivitäten der Friedenskräfte im deutschsprachigen Raum in die Hände der Lesenden. Das ist eher ein Zufall, aber für den sind wir gar nicht so unglücklich, weil die Arbeitsbereiche und die tatsächlichen Stärken so weit auseinander nicht liegen.

Die Internationale Initiative begreift sich als eine internationale Friedensorganisation, die sich für eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes einsetzt. Das neue Bulletin der Internationalen Initiative will dieses Thema transparent machen.

Zu dem gemeinsamen Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit gehört auch der notwendige ‚Blick über den eigenen Zaun‘. Aus diesem Grund werden wir von Fall zu Fall einer Organisation die Gelegenheit bieten, sich hier darzustellen. Das werden auch Formationen sein, die nicht unbedingt etwas mit unserer Schwerpunktsetzung zu tun haben. Der ‚Blick über den eigenen Zaun‘ soll auch zum besseren Verständnis unserer Völker beitragen. Es gibt erfreulich viel Engagement und es fehlen vielfach die Kenntnisse über einander, die gemeinsames Handeln ermöglichen könnten.

Diese Defizite mit abzubauen wird neben der Hintergrundinformation zu Kurdistan, der Türkischen Republik und der diesbezüglich deutschen/europäischen Politik, eine Schwerpunktaufgabe des neuen Bulletins sein. In dieser Ausgabe stellen wir eine Reihe von Interviews, Hintergrundberichten vor, die einen ersten, längst nicht vollständigen, Einblick in die Debatten- und Entscheidungsprozesse der friedenspolitisch aktiven Kräfte in der TR ermöglichen sollen.

Sehr bewusst meiden wir den Begriff ‚Friedensbewegung‘, weil damit im Verständnis der deutschsprachigen Öffentlichkeit die großen Demonstrationen gegen Ende der Blockkonfrontation hängen geblieben sind. Das die Zahlen der Freundinnen und Freunde, deren Einsatz für den Frieden öffentlichkeitswirksam ist, heute damit verglichen bescheiden anmuten, darf und soll nicht darüber hinweg täuschen, dass es auch den europäischen Friedenskräften nach dem alten Sprichwort „Totgesagte leben länger“ geht. Das Spektrum der Friedensarbeit ist noch immer erfreulich groß, die Fachkompetenz und der Einsatz der dort wirkenden unbestreitbar.

Was wir uns wünschen, und worin wir mit unseren Kräften mitwirken werden, ist, dass die Bemühungen um eine politische Lösung der kurdischen Frage stärker in das öffentliche Bewusstsein gelangen. Die ‚Kurdische Frage‘ ist aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenhänge auch eine ‚Europäische Frage‘, die nur im solidarischen Handeln der Friedenskräfte der beteiligten Nationen beantwortet werden kann.

Die Redaktion, Köln, im März 2001

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Prof. Dr. Elmar Altvater (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker, Deutschland), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende und Frauensprecherin der KPÖ), **Xabier Arzalluz** (Präsident der Nationalistischen Baskischen Partei), **Lord Eric Avebury** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, GB), **Uri Avnery** (ehem. Knessetabgeordneter, Gush Shalom - Friedensblock - Israel), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der KPÖ), **Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Becker** (Schauspieler, IG Medien), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, GB), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Britischen Lehrgewerkschaft NUT), **Hans Branscheidt** (medico international/Anwalt von Hannover), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof - syrisch-orthodox - von Jerusalem), **Alain Calles** (Präsident des MRAP, Frankreich), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr FBU, GB), **Josep Lluís Carod Roura** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Ramsey Clark** (RA, ehem. US-Justizminister), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru - Walisische Partei, GB), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (TU Darmstadt), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz), **Dr. Diether Dehm** (ehem. stellv. Vorsitzender der PDS), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **Michael Feeney** (Flücht-

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2**

Als Menschenrechtsaktivisten befürchten wir das Schlimmste
Interview mit Osman Baydemir,
Vorsitzender des Türkischen
Menschenrechtsvereins, IHD
Diyarbakir am 13.1.2001

Seite 5

Zwei Jahre danach:
Der steinige Weg zu Frieden und
Demokratie!

Pressemitteilung der Internationalen
Initiative anlässlich des 2. Jahrestages
der Verschleppung Abdullah Öcalans
aus Kenia in die Türkei vom, 14.
Februar 2001

Seite 6

Stoppt die Kriegsgefahr in Süd-
Kurdistan

Appell der Kampagne Frieden in
Kurdistan (GB)

Seite 7

Schlussresolution der
Internationalen Konferenz am
16. Februar 2001 im
italienischen Parlament

Die Beitrittskandidatur der Türkei zur
Europäischen Union, die
Menschenrechte und die kurdische
Frage

Seite 8

Die Türkei als EU-Beitrittskandidat(!)
Gründe für das Ja der Europäer in
Helsinki
Von Klaus Happel

Seite 10

Angebot für einen politischen
Dialog

Vorwort von Prof. Norman Paech zur
Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan

Impressum:

Herausgeber: Internationale
Initiative "Freiheit für Abdullah
Öcalan - Frieden in Kurdistan"

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus D. Buße, Klaus
Becher, Klaus Happel, Stefan Leibold
V.i. S.d.P.: Klaus D. Buße

Die Erstellung dieses Bulletins kostet
Geld. Spenden sind sehr willkommen.
Stadtparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98,
Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Als Menschenrechts- aktivisten befürchten wir das Schlimmste

**Interview mit Osman Baydemir, Vorsitzender des Türkischen
Menschenrechtsvereins, IHD Diyarbakir am 13.1.2001**

Die Äußerungen von Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen in der Türkei über die Menschenrechtslage, sowie den politischen Entwicklungen in ihrem Land, werden zunehmend dramatischer. Alarmierend ist auch das zunehmende Desinteresse in der europäischen Öffentlichkeit gegenüber dem aktuellen Negativtrend in der Türkei. Auch die Aussicht auf eine dauerhafte Beendigung des türkisch-kurdischen Konfliktes und ein gesellschaftlicher Frieden gerät zusehend in die Defensive. Der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) Diyarbakir, Osman Baydemir, welcher sich zu Gesprächen mit Vertretern aus Politik und NGO's auf einem Kurzbesuch in der Bundesrepublik Deutschland befand, bestätigte diese negative Entwicklung und zeichnete ein drastisches Bild von der politischen Lage in der Türkei.

Trotz der Verlegung der Gefangenen nach dem Militärsturm auf die Gefängnisse in der Türkei werden die Hungerstreiks und das Todesfasten von einer großen Zahl von politischen Gefangenen fortgesetzt. Liegen dem IHD gesicherte Angaben über das Ausmaß der anhaltenden Protestaktion und die Situation der Gefangenen vor?

Alle politischen Gefangenen wurden aus den verschiedenen Haftanstalten in 5 Gefängnisse des sog. F-Typs verlegt.



Osman Baydemir

Foto: B. Rudolph

Zum Beginn der Operation waren die Gefangenen im 61. Tag des Todesfastens. Heute ist der 84. Tag erreicht. 355 politische Gefangene sind im Todesfasten und über eintausend in einem unbefristeten Hungerstreik.

Gibt es in der Türkei noch mehr als diese fünf F-Typ-Gefängnisse?

Bei diesen fünf Gefängnissen sind die Neubauten fertiggestellt. Es befinden sich aber noch weitere F-Typ-Gefängnisse im Bau, deren Fertigstellung in der nächsten Zukunft ansteht. In Diyarbakir, das den hohen technischen Standards des F-Typ-Gefängnisses entsprechen wird, rechnen wir mit der Fertigstellung in drei Monaten. Dann ist auch dort mit den ersten Belegungen zu rechnen. Insgesamt gibt es 48 Gefängnisse die entweder durch Neubau oder durch Umbau zu F-Typ-Gefängnissen gemacht

werden. Außer den 5 bereits fertiggestellten Gefängnissen werden in der Region mit vorwiegend kurdischer Bevölkerung an den Gefängnissen in Midyat, Mardin, Antep, Mus, Maras und Elbistan Umbauten vorgenommen. In Siirt, Batman und Erzurum sind die Umbauten schon fertig und dort wurden schon Gefangene untergebracht.

Ist dem IHD bekannt, wo welche Gefangenen nun sind? Konnten die Anwälte ihre Mandanten, die Familien ihre Angehörigen besuchen?

Erst eine Woche nach Beginn der Operation legte das Justizministerium Listen vor, in denen Namen der Gefangenen und ihr neuer Aufenthaltsort angegeben waren. Solange wussten weder die Menschenrechtsorganisationen, noch die Anwälte, noch die Angehörigen, wo sich die verschleppten Gefangenen befanden. Nach wie vor konnten 11 Gefangene weder vom IHD noch von den Angehörigen ausfindig gemacht werden.

Wie wird nach Ihnen gesucht?

Wir schreiben an die zuständigen Staatsanwaltschaften, wir stellen Anträge an das Justizministerium und fragen nach ihnen. Wir gehen in alle Gefängnisse, um sie zu finden. Das Justizministerium erkennt den IHD aber nicht als offiziellen Ansprechpartner an, daher haben wir bisher keine einzige Antwort erhalten. Wir gehen im Moment davon aus, dass diese 11 Gefangenen sich irgendwo in Krankenhäusern befinden.

Ist es nicht üblich, dass in solchen Fällen wenigstens die Angehörigen von den Ärzten informiert werden?

Die Situation im ganzen Land ist sehr angespannt. Es herrscht Todesangst bei allen, die irgendwie involviert sind. Auch die betroffenen Ärzte haben keinen Mut, Informationen zu geben. Dazu

kommt, dass die Gesetzeslage eine Information nicht vorsieht. Gefangene stehen unter staatlicher Kontrolle, d.h. in diesem Fall ist das Justiz- oder das Gesundheitsministerium zuständig. Und von dort gibt es keine Auskunft.

Es heißt, dass es viele Festnahmen gab und gibt, Niederlassungen des IHD wurden in verschiedenen Städten geschlossen?

Mit dem Tag der Operation in den Haftanstalten haben wieder die Waffen das Sagen, nicht nur in den Haftanstalten. Die ganze Gesellschaft ist von Gewalt und Anspannung beherrscht. Das ist eine unakzeptable Situation. Auf allen Organisationen der zivilen Gesellschaft lastet ein ungeheurer Repressionsdruck. Die Vertretungen des IHD in Bursa, Izmir, Antep, Malatya, Van und Konya sind geschlossen worden. Die Aktivisten des IHD, die in Istanbul und Ankara zu Pressekonferenzen eingeladen haben und dort Erklärungen verlesen, werden festgenommen, wenn auch nur vorübergehend. Der Angriff auf die Gefängnisse ist noch keineswegs beendet, sondern wird fortgesetzt.

Heißt das, der Angriff auf die Gefängnisse und die Gefangenen richtet sich gegen die gesamte demokratische Bewegung?

Im vergangenen Jahr war das Klima in der Türkei nicht von Gewalt und Waffen geprägt. Die demokratischen Kräfte hatten Auftrieb und zivile Organisationen begannen mit einer Diskussion über die Durchsetzung von Menschenrechten, Demokratie und einen wirklichen gesellschaftlichen Frieden. Diese Diskussion wurde auf allen Ebenen der Gesellschaft geführt. Sogar offizielle Vertreter des Staates beteiligten sich daran. Mit der Operation vom 19.12. wurde diese Situation von einer Sekunde auf die

andere beendet. Das genau war auch ein Ziel, die Diskussion über die Demokratisierung in der Türkei sollte gestoppt werden. Alle Menschen, die sich für einen gerechten gesellschaftlichen Frieden einsetzen wollten, wurden und werden damit unter Druck gesetzt und bedroht. Die Aussage ist: hört auf damit.

Und das geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die EU die Aufnahme der Türkei als Vollmitglied diskutiert. Bestimmte Forderungen wurden an die Türkei gestellt, wie z.B. die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, die Einhaltung bestimmter Menschenrechtsstandards und eine strukturelle Erneuerung des Staates. Die Militäroperation ist auch eine Antwort auf diese ganzen Forderungen. Der Angriff hat so deutlich wie nie zuvor gezeigt, dass der bestimmende Faktor über Entwicklung und Dynamik des zivilen Lebens, jeglichen Lebens in der Türkei der Militarismus ist. Die militärische Gewalt hat sich durchgesetzt. Alles, was zum damaligen Zeitpunkt die Tagesordnung der Regierung bestimmt hat, ist von einem Moment auf den anderen kein Thema mehr. Direkt nach dem Angriff begann das Militär sehr offen, sich gegen die EU zu äußern. Sie wandten sich gegen das Aufnahmeprogramm der EU, es begann eine richtige Gegenpropaganda.

Die Operation richtete sich also nicht nur gegen Proteste gegen die Einführung der F-Typ-Gefängnisse, es ging nicht nur um die Durchsetzung des F-Typ-Gefängnisses. Es ging faktisch darum, alle Menschen, alle Organisationen und Institutionen zu treffen, die sich für eine strukturelle Demokratisierung als Lösung der bestehenden Probleme in der Türkei eingesetzt haben.

Und es geht weiter. Insbesondere die Situation im Nordirak, wo massiv militärische Kräfte zusammengezogen wurden und wo die Gefahr eines neuen

Krieges besteht, ist ein zweites Standbein dieser Militäroperation. Als Menschenrechtsaktivisten befürchten wir das Schlimmste für die nahe Zukunft. Wie immer, werden sich diese Entwicklungen dort, wo vorwiegend Kurden und Kurdinnen leben, sehr negativ auswirken. Das bekommen wir jetzt schon zu spüren.

Gab es gegenüber dem IHD auch positive Zeichen, die den Rückschluss zulassen, dass Europa an seinen Forderungen festhält und die demokratischen Kräfte in der Türkei unterstützen wird?

Für uns als IHD sind die Menschenrechte unteilbar und universal. Wir erwarten generell, dass dort, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, die Internationale Gemeinschaft sich einsetzt. Egal auf welchem Fleck der Erde sich so etwas abspielt. Leider sind unsere Erwartungen völlig enttäuscht worden. Ich muss sagen, wir haben uns so allein gelassen gefühlt, wie noch nie zuvor. Die Gründe wissen wir nicht, aber sowohl von offizieller staatlicher Seite, als auch von Nichtregierungsorganisationen sind wir wirklich allein gelassen worden.

Vielleicht lag es an der Argumentation des Staates, mit der die Operation vertreten wurde? Es könnte auch sein, dass im Westen die Meinung herrscht, die Situation in den Gefängnissen sei unhaltbar. Aber es wird übersehen, dass die politischen Gefangenen in der Türkei nun völlig isoliert wurden.

Schließlich hat die Operation zum Tod geführt. Der Staat hat seine totale Macht bewiesen. Er entscheidet, wer stirbt oder nicht. Vielleicht wird im Westen auch gesagt, dass Einzelzellen nützlich und vertretbar sind. Die eigentliche Logik des Staates während dieser Operation wird nicht erkannt und die lautet: "Egal wie viele Tote es gibt, egal wie viel Folter,

wir setzen durch, was wir wollen." Die Folterungen, die Vergewaltigungen, das Urinieren auf die Köpfe der Gefangenen, dass man sie gezwungen hat, die Stiefel von Soldaten abzulecken, all das wird im Westen nicht wahrgenommen. Das ist durch nichts zu rechtfertigen.

Handelt es sich um eine Machtoperation des Militärs die besagt, wir bestimmen hier die Politik? Oder gab es Zeichen aus den Parteien, sich dem militärischen Vormarsch entgegen zu stellen?

Die Militärputsche in der Türkei wurden nie beendet. Der IHD hat immer wieder darauf hingewiesen, dass sowohl das soziale Leben als auch die Politik entscheidend von den Militärs bestimmt wird.

Im letzten Monat hat diese Situation gefährliche Ausmaße erreicht. Jede Stellungnahme der zivilen Regierung wird umgehend von den Militärs kommentiert und dementiert. Dafür gibt es etliche Beispiele. Die zivile Regierung hatte erklärt, man könne über die Einführung kurdischer Medien diskutieren. Sofort gab der Große Generalstab eine Gegenerklärung ab. Als Staatspräsident Ecevit in Nizza war, um an den Gesprächen über den Beitritt zur Europäischen Union teilzunehmen, gab der Große Generalstab noch am gleichen Tag eine äußerst antieuropäische Erklärung ab. Vor kurzem äußerte sich der Staatspräsident zu dem Einmarsch türkischer Soldaten im Nordirak, umgehend kam das Dementi des Großen Generalstabs. Das Militär verhält sich gerade so, als sei es eine politische Partei, und zwar in Opposition zur Regierung. So etwas hat es vorher nicht gegeben. Niemand aus den politischen Parteien, schon gar nicht aus der zivilen Regierung, wehrt sich dagegen. Die ANAP, die unter Führung von Mesut Yilmaz einen sehr Europa nahen Kurs einnimmt, äußert sich zu all den

Vorgängen fast gar nicht. Sie ordnen sich dem Militär unter und das macht die Gefährlichkeit der heutigen Situation deutlich.

Wenn Sie, trotz der schlechten Erfahrungen, einen Aufruf an die Regierungen in Europa, an die demokratischen Institutionen, die Nichtregierungsorganisationen machen wollten, Herr Baydemir, was würden Sie ihnen sagen?

Als aller Erstes rufen wir jeden Menschen auf, alles in seiner Kraft stehende zu tun, um das Sterben zu beenden. Es darf nicht noch mehr Tote geben. Dieser Aufruf geht von uns, vom IHD, in erster Linie an den türkischen Staat. Er richtet sich aber auch an die Gefangenen selbst, die sich im Todesfasten befinden.

Das zweite, betrifft die reale Situation in der Türkei. Jegliche Form von Demokratisierung ist dort in weite Ferne gerückt. Europa, die Staaten Europas und die ganze Öffentlichkeit ist gefordert. Beobachterdelegation aus den Parlamenten sollten möglichst umgehend in die Türkei kommen und dort mit den Menschenrechtsorganisationen und mit den Regierungsvertretern Kontakt aufnehmen. Wir sind der festen Überzeugung, dass das hiesige Desinteresse, das Schweigen, die Türkei immer weiter von der Europäischen Union wegtreibt. Der Demokratisierungsprozess, den wir alle dort in der Türkei als große Hoffnung in uns tragen, die Annäherung an Westeuropa rückt in weite Ferne. Wenn das europäische Desinteresse anhält, wird sich der Militarismus in der Türkei neu etablieren und die Türkei wird sich mehr in Richtung des Mittleren Ostens orientieren. Wir haben eine schwere Zeit vor uns.

(Übersetzung: Jutta Hermanns; Fragen und Bearbeitung: Karin Leukefeld)

Zwei Jahre danach: Der steinige Weg zu Frieden und Demokratie!

Pressemitteilung der *Internationalen Initiative* anlässlich des 2. Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans aus Kenia in die Türkei vom, 14. Februar 2001

Am 15. Februar 1999 wurde der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan aus der griechischen Botschaft in Nairobi / Kenia entführt und in die Türkei verschleppt – im offensichtlichen Zusammenwirken verschiedener Geheimdienste unter der eingestandenem Führung der amerikanischen CIA. Grundlage hierfür war der Entschluss, die kurdische Befreiungsbewegung zu schwächen und handlungsunfähig zu machen.

Seitdem erlebte die Türkei eine Reihe von Entwicklungen, die Anlass zur Hoffnung gaben. Das von Abdullah Öcalan während seines Prozesses vorgeschlagene Modell einer politischen Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer Demokratischen Republik, löste in der Türkei eine breite Diskussion über eine längst überfällige Demokratisierung aus. Schon mehrmals machte die kurdische Seite mit mehreren Waffenstillständen ihre Bereitschaft für einen politischen Lösungsweg deutlich. Nach der Einstellung des bewaffneten Kampfes der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem Rückzug ihrer Guerillakräfte auf Territorien außerhalb der Türkei, war eine deutliche Entspannung im türkisch-kurdischen Konflikt zu spüren.

Angeregt dadurch hatte die türkische Politik erste Schritte in Richtung hin zu einer Demokratisierung angekündigt. Anfang Dezember 1999 wurde der Türkei der Kandidatenstatus für die EU-Mitgliedschaft zuerkannt, was weitere öffentliche Diskussionen um einen demokratischen Umbau nach sich zog. Jedoch

wurde im Zusammenhang mit den Kopenhagener Kriterien, welche die Zuerkennung von kulturellen und sprachlichen Rechten an Minderheiten zur Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der EU machen, die innere Zerrissenheit der Türkei im Umgang mit ihren dringlichsten Problemen deutlich. Zwar beschlossen am 12. Januar 2000 die Regierungsparteien, die Hinrichtung Öcalans bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte auszusetzen. Jedoch konnten sie bisher keine Einigung über eine generelle Abschaffung der Todesstrafe erzielen.

Nach anfänglichem politischen Tauwetter scheint der in den Kinderschuhen steckende Demokratisierungs- und Friedensprozess ins Stocken geraten zu sein. Das Massaker an den Gefangenen in den türkischen Gefängnissen im Dezember 2000, die zunehmende Repression gegen demokratische zivile Institutionen, Menschenrechtsvereinigungen und die HADEP, sowie das erneute Auftreten des Verschwindenlassens von unbequemen Personen, bestätigen den Negativtrend in der Türkei. Immer offener werden Bemühungen um eine Lösung im türkisch-kurdischen Konflikt von denjenigen Kräften innerhalb des türkischen Staates torpediert, die aufgrund ihrer ökonomischen Interessen nicht an einer friedlichen Lösung interessiert sind. Auch das türkische Militär greift wieder verstärkt in das politische Alltagsgeschehen ein, nach dem es sich zeitweilig gemäßigt hatte.

Seit Dezember 2000 laufen in Süd-Kurdistan die Vorbereitungen für eine Operation der Türkei gegen Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), an denen sich mehr als zehntausend türkische Soldaten gemeinsam mit der patriotischen Union Kurdistans (PUK) beteiligen. Dies könnte sich bis zum Frühling zu einem größeren Krieg entwickeln, der sich auch auf den Norden Kurdistans (Türkei) und die gesamte Region ausweitet. Eine erneute größere bewaffnete Auseinandersetzung würde die anti-demokratischen Kräfte in der Türkei stärken sowie für Polarisierungen in der türkischen Politik sorgen, welche die erforderlichen grundlegenden Veränderungen massiv behindern.

Es gibt jedoch keine Alternative zu Demokratie und Frieden in der Türkei. Die kurdische Seite hat gezeigt, dass sie zu einem konstruktiven Handeln und demokratischem Wandel fähig ist. Nun sind die Mitgliedstaaten der EU und die kritische Öffentlichkeit gefordert, mit Nachdruck auf die Türkei einzuwirken, den Lippenbekenntnissen über Demokratisierung und gesellschaftlichen Ausgleich mit ihrer kurdischen Bevölkerung Taten folgen zu lassen. Nur ein konsequentes Eintreten für einen demokratischen Wandel in der Türkei, ohne die wirtschaftlichen Interessen über Menschenrechte und demokratische Selbstbestimmung zu stellen, wird die Türkei zum Umdenken in ihrer zögerlichen Haltung gegenüber den von der EU eingeforderten Reformen bewegen.

Stoppt die Kriegsgefahr in Süd-Kurdistan

Appell der Kampagne Frieden in Kurdistan (GB)

Türkische Armee ruft die Gefahr eines neuen Krieges im Mittleren Osten hervor Wir rufen auf, die Kriegsgefahr in Irakisch Kurdistan zu stoppen

Während sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit weiter auf den eskalierenden Konflikt zwischen Israel und Palästina und deren immer undurchsichtigeren Versuch richtet, langfristige Lösungen zu finden, ist durch die massive Invasion der türkischen Truppen in den Nordirak eine andere große Gefahr für den Frieden im Mittleren Osten erwachsen. Die türkische Armee marschierte schon Mitte Dezember 2000 ein und hat nach vorsichtigen Schätzungen, ein Kontingent von zehntausend Soldaten stationiert. Sie überquerten die irakische Grenze in kleinen Einheiten von etwa 500 Soldaten mit Fahrzeugen und sind jetzt über das gesamte Gebiet Südkurdistans verteilt. Diese Region ist auch als "Flugverbotszone" bekannt und soll unter dem Schutz der Vereinten Nationen stehen. Das Gebiet wird von den irakisch-kurdischen Parteien KDP und PUK verwaltet.

Zugegebenermaßen gab es in der Vergangenheit wiederholt Einmärsche von türkischen Armeeeinheiten in den Nordirak zur Verfolgung der PKK-Guerilla. Jedoch übertrifft das Ausmaß dieser Operation das aller vorangegangenen: Die türkische Armee ist bis 300 km tief auf irakisches Territorium vorgeückt. Sie arbeitet nun eng mit den irakisch-kurdischen Parteien zusammen, besonders mit der PUK, deren Führer Jalal Talabani erst kürzlich aus Ankara zurückkehrte. Der türkische Premierminister Bülent Ecevit behauptete indes, dass türkische Truppen nur technische Hilfe für die militärischen Opera-

tionen der KDP und PUK zur Verfügung stellen, die die PKK aus der Region vertreiben sollen.

Es gibt Anlass zu tiefster Besorgnis, dass weder von den Journalisten der internationalen Medien, noch von den westlichen Regierungen Äußerungen zu den Ereignissen zu hören waren, die eine Vorbereitung der Türkei auf einen Krieg darstellen. Man kommt nur schwer an der Schlussfolgerung vorbei, dass Europa und Amerika gegenüber dem Vorgehen der Türkei blind sind. Schließlich übernehmen sie das türkische Erklärungsmuster, alle militärischen Aktionen unter dem Stichwort "Bekämpfung der PKK-Guerilla" zu rechtfertigen. Es ist unwahrscheinlich, dass die westlichen Geheimdienste keine Kenntnisse über die Vorgänge in dieser strategisch und wirtschaftlich so wichtigen Region haben. Es ist nicht klar, in wie weit die Ziele der gegenwärtigen Operation im Detail im Abkommen von Washington 1998 festgehalten worden sind. Aber es ist offensichtlich, dass dieses Ziel die Gefahr in sich birgt, die Nachbarstaaten in der Region in einen neuen Krieg im Mittleren Osten zu verwickeln. Die PKK, die standhaft bei ihrem Friedensangebot bleibt und auf positive Signale der Türkei wartet, warnte, dass ein Ausbruch von Kampfhandlungen das Risiko der unkontrollierten Verbreitung eines Krieges über die gesamte Region und in der Türkei in sich birgt. Bei diesem gefährlichen Planspiel geht es für alle Beteiligten um hohe Einsätze. Ein anderer bedenklicher Aspekt ist die Möglichkeit,

dass die Türkei versucht, eine permanente Präsenz in der Region zu etablieren. Es gibt sogar Spekulationen, dass die Türkei bereit sei, einen Handel mit Bagdad zu machen, der Saddam Hussein in die Lage versetzen würde, die Kontrolle über dieses Territorium zurückzugewinnen.

Wir glauben, dass die Türkei in dieser potentiell explosiven Militärkampagne nicht auf eigene Faust handelt und fordern alle beteiligten Kräfte dringend auf, ihre Kriegsvorbereitungen zu stoppen.

Weiterhin fordern wir mit diesem Aufruf die Verantwortlichen auf höchster Ebene in Europa und Amerika auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um die Türkei von ihrem gegenwärtigen Konfrontationskurs abzubringen.

Schließlich fordern wir die politische und militärische Führung in Ankara auf, ihre Pläne zu überdenken, bevor daraus ein furchtbarer Krieg im Mittleren Osten erwächst, mit unvorhersehbaren Konsequenzen. Diese Ereignisse sind für den Frieden im Mittleren Osten so wichtig wie der palästinensisch-israelische Konflikt und sollten auch als solche von den internationalen Medien wahrgenommen werden. Es ist noch Zeit für einen Friedensprozess, der von allen betroffenen Seiten und den internationalen Gremien positiv beantwortet würde.

Schirmherrschaft der Kampagne Frieden in Kurdistan: Lord Avebury, John Austin MP, Lord Rea, Lord Dholakia, Baroness Sarah Ludford (MEP), John Bowis (MEP), Julie Christie, Harold Pinter, Noam Chomsky, Arthur Miller

Weitere Unterzeichner und Unterzeichnerinnen:

Lord Hylton, Cynog Dafis, Rhodri S. Thomas (Abgeordnete des Parlamentes von Wales / GB), Simon Thomas (Abgeordneter des englischen Parlaments), Tony Benn (Abgeordneter des englischen Parlaments), Jeremy Corbyn (Zweiter Vorsitzender der Menschenrechtskommission im englischen Parlament), Rudi Vis (Abgeordneter des englischen Parlaments), Sir Peter Lloyd (Abgeordneter des englischen Parlaments), Ken Coates (ehem. Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im Europäischen Parlament), Malcolm Harper (Direktor der United National Association), Mr. Etherington (Abgeordneter des englischen Parlaments), Dr. Mohammed Ahmed (Ahmed Foundation für kurdische Studien), Hans Branscheidt (Medico International), Roger Tompkins (Rechtsanwalt), Gareth Peirce (Rechtsanwalt), Hugo Charlton (Rechtsanwalt, Sprecher für innere Angelegenheiten und Menschenrechte der Grünen / GB), Jenny Jones (Grüne/GB), Eamonn McCann (Journalist; NUJ), David Morgen (Journalist), Susan Raven (Journalist), John Haylett (Herausgeber der Morning Star), Alexander Fitch (Journalist), Sarah Parker (Netzwerk für Sozialistische Solidarität), Hewa Jaff (Liberaldemokratische Partei), Mr. Evgeniou (Zypernlobby), Andreas Gavrieliides (Vorsitzender der Griechisch-Kurdischen Solidaritätskampagne), George Evgeniou (Theaterdirektor), Uri Avneri, ehem. Knesset Abgeordneter, Israel, Zinar Hogir (Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde) Heidi Lippmann (MdB); Norman Paech (Völkerrechtler); Pater Wolfgang Jungheim (Pax Christi Lahnstein); John Glöckner, Heinz-Jürgen Schneider, Enno Jäger (Rechtsanwälte); Dr. Peter Strutynski (Politikwissenschaftler, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag); Achim Schmitz (Geschäftsführer der DFG/VK Baden-Württemberg); Cornelia Kerth (Bundessprecherin der VVN-BdA); Michel Schmid (Vorsitzende des Versöhnungsbundes Baden-Württemberg), Pit Winkelhog (GEW Wiesbaden), Günter Lott (Netzwerk Friedenssteuer), Heidi Lankisch (Medien für Menschenrechte), Angelika Williams (Mitarbeiterin der PDS); Alexander Kauz (Vors. d. Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg); Ludo De Brabander (VREDE/B); Nick Brauns (Vors. Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V. München); Oliver Barthel (Journalist), A. Sturkenboom (Sozialkritisches Archiv Mittlerer Osten/NL) und hundert weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner. (14. März 2001)

Unterschriften können per E-mail oder Fax an unsere obenstehende Adresse gesendet werden, wir werden sie umgehend an die mit uns kooperierende Initiative weiterleiten.

Schlussresolution der Internationalen Konferenz am 16. Februar 2001 im italienischen Parlament

Die Beitrittskandidatur der Türkei zur Europäischen Union, die Menschenrechte und die kurdische Frage

Integration und Entspannung sind für keinen zukünftigen Friedensprozess von strategischer Bedeutung. So wirkt sich dies insbesondere auf die Menschenrechtslage und den demokratischen Aufbau von Ländern positiv aus, in denen innerstaatliche Konflikte existieren. Wiederum bilden innerstaatliche Konflikte ein großes Hindernis für Integration, Entspannung und Demokratie. Eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Staatengemeinschaft ist, zur Verbreitung von Demokratie und Wahrung der Menschenrechte beizutragen. Aus diesem Grund muss die Forderung nach Achtung der Menschenrechte, Aufhebung der Todesstrafe und Anerkennung der kulturellen Rechte von Minderheiten ein zentraler Bestandteil der Integrationspolitik der Europäischen Union gegenüber der Türkei sein. Wir sind der Überzeugung, dass das kurdische Volk und seine Vertreter eine treibende Kraft für der Integration der Türkei in die EU darstellt, die sich für ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen in der Türkei einsetzt. Aus diesem Grund müssen das kurdische Volk und seine Vertreter offiziell anerkannt werden.

Wir teilen die Auffassung des Europäischen Parlaments, dass Europa verantwortungsbewusst und unterstützend auf den demokratischen Wandel von Ländern einwirken muss, in denen ein innerstaatlicher Konflikt existiert. Insbesondere trifft dies auf die Wahrung der

Menschenrechte, die Zuerkennung der politischen und kulturellen Rechte von Minderheiten, sowie die Anerkennung von sozialen Rechten zu. Dieses Engagement sollte nicht nur ein Einsatz für die Rechte von sozial, politisch und kulturell Benachteiligten sein, sondern gleichzeitig die Frage nach den europäischen Werten thematisieren.

In diesem Zusammenhang tragen wir die Hoffnung, dass eine internationale und nationale offizielle Anerkennung seiner Existenz einen Status schafft, durch den sich das in der Türkei lebende kurdische Volk repräsentiert sieht.

Wir fordern:

- die offizielle Anerkennung des kurdischen Volkes und seiner Vertreter durch die Türkei
- den Dialog mit der kurdischen Bevölkerung, da nur so eine Verfassungsreform und die Schaffung eines demokratischen Systems gewährleistet ist
- die Anerkennung der politischen und kulturellen Einheit des kurdischen Volkes durch die Türkei
- die Respektierung der Menschenrechte in der Türkei
- politische Initiativen der europäischen Regierungen und der EU zur Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes
- die Einrichtung einer Kommission zum Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte bei den Vereinten Nationen, die den in der Türkei einzuleitenden Friedensprozess überwacht

Die europäischen Staaten können nicht länger die Existenz einer – noch illegalen – repräsentativen Kraft der in der Türkei lebenden Kurden ignorieren. Sie muss offiziell durch die europäischen Staaten anerkannt, ihre Legalisierungsbestrebungen müssen auf europäischer Ebene unterstützt werden. Dies würde positiv zum Beginn eines Dialoges zwischen den Konfliktparteien beitragen.

Schirmherrschaft: Marco Pezzoni (Parlamentsabgeordneter der Demokratischen Linken, DS), Giovanni BINCHI (Parlamentsabgeordneter der Volkspartei), Walter De Casaris (Parlamentsabgeordneter der Kommunistischen Partei, PRC)

Referenten: Feridun YAZAR (Stellvertretender Vorsitzende der HADEP, Türkei), Luisa MORGANTINI (MdeP, Italien), Donatella LINGUITI (Staatsbeauftragte der Region Ancona/ Italien), Sevil EROL; (Vorsitzende der Gewerkschaft KESK, Türkei), Mirella GALLETI (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker, Italien), Alessandro MARGARA (ehem. Justizministerin, Italien); Prof. Bruno FICILI (Vorsitzender des Internationalen Vereins für Friedenstraining); Prof. Ismet Sherif Vanli (Vorsitzender des Kurdischen Nationalkongresses, KNK); Daniele SCAGLIONE (Vertreterin von amnesty international Italien); Felekas UCA (MdeP, Deutschland); Akin Birdal (Stellvertr. Vorsitzender des türkischen Menschenrechtsvereins, IHD); Celal CELALIZADE, (Abgeordneter des iranischen Parlaments); Avv. Irfan DUNDAR, (Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan)

Gastredner und Gastrednerinnen: Domenico MARSELLI (Parlamentsabgeordneter der Demokratischen Linken, DS); Giuliano PISAPIA (Senator); Luigi SARACENI (Parlamentsabgeordneter der Grünen, Italien); Francesca IZZO (Parlamentsabgeordneter der Demokratischen Linken, DS); Mario BRUNETTI (Parlamentsabgeordneter der Kommunistischen Partei, PRC); Vito LECCESE (Parlamentsabgeordneter der Grünen, Italien); Ramon MANTOVANI (Parlamentsabgeordneter der Kommunistischen Partei, PRC); Ersilia SALVATO (Stellvertr. Vorsitzender des Italienischen Senats); Giovanni RUSSO SPENA (Senator, PCR); Tana DE ZULUETA (Stellvertr. Vorsitzende der OSZE, Senatorin, DS); Avv. Alessandro FORLANI (Parlamentsabgeordneter der Christlichen Partei, Italien); Tom BENETOLLO (Vorsitzender des ARCI); Dino FRISULLO (Vorsitzende des Vereines AZAD); Fabio MARCELLI (Intern. Juristenverband, Italien); Avv. Artura SALERNI (Projekt für Internationales Recht); Stefano ANASTASIA (ANTIGONE, Demokratischer Juristenverein); Lucca CEFISI, Maria DE DONATO (CIR, Flüchtlingsrat Italien); Laura SCHRADER (Schriftstellerin), Ornella SANGIOVANNI (Für den Frieden eine Brücke), Pietro INGRAO (ehem. Partisanenkommandant des italienischen antifaschistischen Widerstandes)

Die Türkei als EU-Beitrittskandidat (I)

Gründe für das Ja der Europäer in Helsinki
Von Klaus Happel

Als der Europäische Rat von Helsinki im Dezember 1999 die Türkei zum offiziellen Beitrittskandidaten machte, war das eine gute Nachricht für die kurdische Bewegung. In diesem Augenblick schien eine friedliche Lösung der kurdischen Frage möglich, ja in Reichweite.

Inzwischen sind mehr als 15 Monate verstrichen und geschehen ist wenig. Auch Europa scheint kaum Interesse zu haben, die innertürkischen Transformationsprozesse, die für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erforderlich sind, nachdrücklich einzufordern.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit den Gründen für das Ja von Helsinki – und damit auch für die erkennbar fehlende Motivation beider Seiten, dieses Ja in eine echte Beitrittsfähigkeit umzusetzen.

Die Lage ist unklar: Sowohl in der Türkei wie auch auf Seiten der Europäer gibt es eine Vielzahl verschiedener Stimmen. Die Stimmung ist diffus. Fast scheint es, als hätten sich beide Seiten nolens volens in eine Situation manövrieren lassen, mit der sie nun nicht viel anzufangen wissen, und die daher möglicherweise bereits das Ende eines Prozesses darstellt, dessen Anfang sie sein sollte: bedeutet doch von hier aus jeder Schritt eine wirkliche Veränderung der bisherigen Politik, bedeutet ein Verlassen dieses Jahrzehnte langen status quo die Aufgabe einer Vielzahl von Optionen in einer vermeintlich hell glänzenden Zukunft – hic Rhodos, hic salta – zugunsten einer klaren Entscheidung und der

damit verbundenen Veränderungen.

Die Beitrittsbefürworter in der Türkei erhoffen sich von einem EU-Beitritt eine demokratischere Gesellschaft, stabilere politische Bedingungen und insbesondere eine Deregulierung und Liberalisierung der Volkswirtschaft. Seitens der Kurden hofft man immer noch, die EU möge den Beitrittsprozess mittels ihrer sogenannten "Kopenhagener Kriterien" nutzen, um eine Lösung der kurdischen Frage voranzutreiben. Die Beitrittsgegner wiederum befürchten eine Beeinträchtigung der nationalen Souveränität durch die Einbindung in EU-Strukturen und durch die obligatorische Übernahme des "EU-Bestandes" in nationales Recht, sie fürchten den Verlust althergebrachter Pfründen und Vorrechte und auf lange Sicht den Zerfall des unitären Staates in seine ethnischen Bestandteile, sollte die Türkei gezwungen sein, die Minderheitenrechte der EU zu übernehmen, wobei man nicht völlig zu Unrecht den Balkan (dessen ethnisches Flickmuster ja gerade durch die Jahrhunderte lange türkische Besatzung erst entstanden ist) als abschreckendes Beispiel vor Augen hat.

Das amerikanische Ziel: Kongruenz von EU und europäischer NATO-Komponente

Primäres Anliegen der Europäer scheint auf den ersten Blick, die Förderung des Demokratisierungsprozesses in der Türkei und die Sicherung des – als zukünftiger Wachstumsmarkt eingeschätzten

– türkischen Marktes zu sein. Vielfach wird in diesem Zusammenhang auch die geopolitische Lage der Türkei genannt mit ihren sprachlichen und kulturellen Beziehungen zu den Zerfallsprodukten der Sowjetunion und seiner für den Westen günstigen Lage im Bereich Schwarzes Meer und Kaspisches Meer. Die europäischen Beitrittsgegner halten dem entgegen, dies seien strategische Überlegungen, die im Grunde aber nur für die USA relevant seien. Europa selbst habe keine strategischen Interessen jenseits der Türkei. Überdies sei die Türkei in jeden möglichen Konflikt in dieser Region verwickelt und nach einem Beitritt mithin auch die EU.

So nennt Helmut Schmidt die Entscheidung von Helsinki, die Türkei zum offiziellen Beitrittskandidaten zu machen "opportunistisch" und sagt wörtlich: "Außer Amerikas geostrategischem Interesse spricht überhaupt nichts dafür, die Türkei... in die Europäische Union aufzunehmen. Wegen des gemeinsamen Marktes ist jedoch ein Assoziationsvertrag vernünftig." (Begrenzt Europas Macht, DIE ZEIT 07/2001)

In der Tat gibt es für Europa keine zwingenden Gründe, ja nicht einmal einen echten Vorteil durch einen Beitritt der Türkei, jedenfalls keinen Vorteil, der nicht auch durch ein enges Assoziationsabkommen erreicht werden könnte. Gleichzeitig würden damit viele der zu erwartenden Probleme wegfallen. Die Europäische Union ist kein Verteidigungsbündnis, allerdings sind zur Zeit Bestrebungen im Gange, die EU auf militärische Kriseneinsätze unter eigener Regie vorzubereiten (Europäische Verteidigungsinitiative, ESDI).

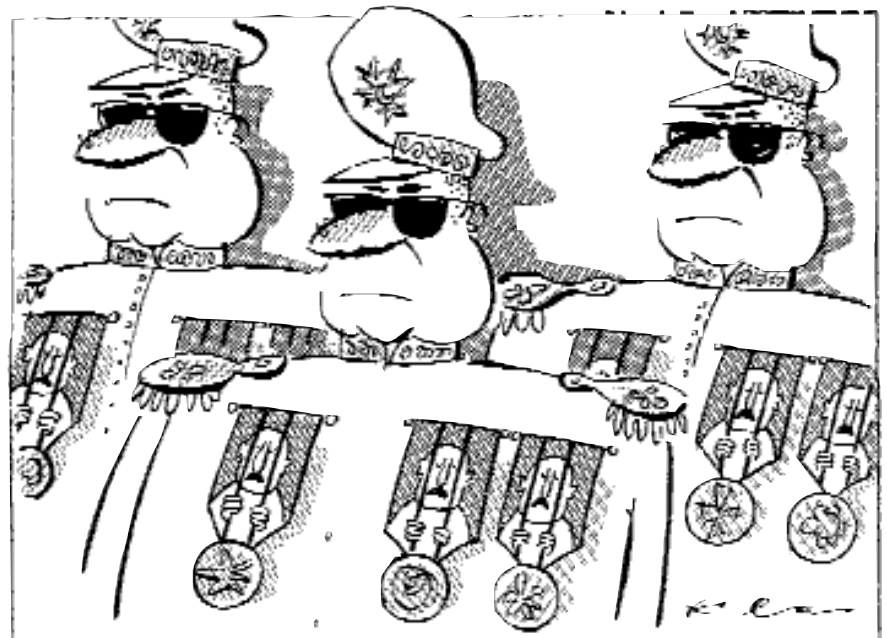
Welche Motivation steht nun wirklich hinter der Entscheidung von Helsinki? Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Rückzug Russlands aus dem Gegensatz USA-Sowjetunion sind die USA

nicht selbst – z.B. durch bilaterale Abkommen – in das entstehende Vakuum nachgerückt. Stattdessen wurden die Staaten Osteuropas zunächst an die NATO herangeführt und schrittweise eingefügt, so dass deren Einflussbereich nun bis direkt an die russischen Grenzen reicht. Auf den ersten Blick scheint dies nichts anderes zu sein als eine Ausdehnung des amerikanischen Einflussbereiches, zumal die USA auch weiterhin militärisch in Europa präsent sind und an Einsätzen teilnehmen.

Die nun geplante, schnelle (im Vergleich zu den vorangegangenen Beitritten geradezu blitzartige) Aufnahme von 12 weiteren Mitgliedern sowie der Türkei dehnt die EU über das gesamte europäische Territorium der NATO aus. Gleichzeitig wurde das bereits erwähnte ESDI-Projekt in Gang gesetzt, das interessanterweise Nachrichten-, Transport- und Kommandostrukturen der NATO nutzen soll. Diese Nutzung wird noch von der Türkei blockiert, die zwar Mitglied der NATO aber kein EU-Mitglied ist. Sie fordert ein Mitspracherecht bei Einsätzen der europäischen Truppen, wenn

diese NATO-Strukturen verwenden. Hier wird schließlich deutlich, warum die USA die EU-Mitgliedschaft der Türkei forcieren: Sobald NATO und EU in Europa weitgehend deckungsgleich sind, kann der militärische Rückzug der USA aus Europa ohne Einflussverlust erfolgen. Die entstehenden freien Kapazitäten können nun wieder anderen Krisenherden zugewendet werden. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass sich keine Parallelorganisation zur NATO in Europa entwickelt – ESDI wird nur Waffen und Soldaten verfügbar machen, Planungsstäbe und Kommandostrukturen bleiben bei der NATO. Damit dieses Konzept funktioniert, müssen alle europäischen NATO-Mitglieder auch EU-Mitglieder sein. Die Kongruenz von EU und europäischer NATO-Komponente dient in diesem Sinne der Stabilisierung und Zementierung des amerikanischen – auch militärischen Einflusses – in Europa und wird vor dem Hintergrund amerikanischer Interessen zur Vorstufe einer Erweiterung der Pax Americana in Richtung Asien.

Zeichnung: Klaus Becher



Angebot zur Eröffnung eines politischen Dialogs

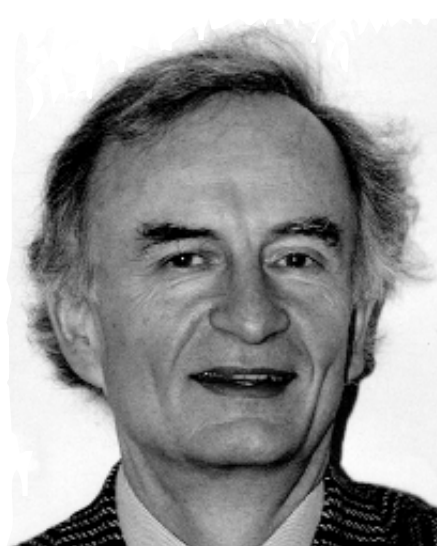
Vorwort von Prof. Norman Paech zur Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan

Am 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan auf dem Weg von der Residenz des griechischen Botschafters in Nairobi (Kenia) zum Flughafen entführt und in dem Flugzeug eines türkischen Geschäftsmannes gefesselt in die Türkei gebracht. Ein Gangsterstück, welches eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Amsterdam, Rom und Athen beendete – der kriminelle Schlusspunkt unter einem wenig überzeugenden Kapitel europäischer Rechtskultur. Kein Staat wollte einem Mann Asyl gewähren, der darnachsuchte und wie kein anderer politischer Flüchtling einen Anspruch auf eine Zuflucht gehabt hätte. Aber keine Regierung wollte seine Botschaft hören und sich ernsthaft auf die kurdische Frage einlassen, als ginge sie die Tragödie des kurdischen Volkes an der Peripherie Europas nichts an. Sie wollten ihm nicht einmal die Möglichkeit der Verteidigung seiner Sache vor einem Internationalen Tribunal geben. Aus Angst, dass dann der ganze Umfang einer Jahrzehnte langen Unterdrückungs- und Vernichtungsmaschinerie ihres NATO-Verbündeten der Weltöffentlichkeit präsentiert und in die Verhandlung eingebracht worden wäre, lieferten sie ihn der türkischen Gerichtsbarkeit aus. Dabei war ihnen nicht unbekannt, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese Gerichtsbarkeit bereits in zahlreichen Fällen gravierende Mängel an Rechtsstaatlichkeit bescheinigt und wegen Verstoßes gegen europäische Standards abgelehnt hatte.

Es ist unwesentlich, in welchem Umfang der Druck seitens der USA zur Verleugnung der eigenen Rechts- und Asyl-

tradition geführt hat. Sie hatte bereits gemeinsam mit der Türkei Syrien zur Ausweisung Öcalans gedrängt. Übersehen wir dabei aber nicht, dass vor allem die deutsche Regierung sich dadurch erneut eines politischen Problems entledigen wollte, vor dem sie nicht nur Jahre lang die Augen verschlossen hatte, sondern bei dem sie mit politischer und militärischer Unterstützung zu der zweifelten Eskalation eines Befreiungskampfes mit über 30 000 Toten, über 3 Mio. Vertriebenen, verheerenden Verwüstungen und Zerstörung des Lebensraums in Kurdistan, schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen beigetragen hat. Auch diese Menschenrechtsverletzungen sind in den bislang achtzehn Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Türkei festgestellt worden und zahllose weitere Prozesse sind anhängig.

Die Entführung war ein Gemeinschaftswerk der Geheimdienste der Türkei, der USA und Israels, soviel ist heute sicher. Gleichgültig, ob die Regierung Kenias über das Kidnapping informiert und ihm stillschweigend zugestimmt hat, nach den Strafnormen aller beteiligten Staaten ist es eine Freiheitsberaubung gewesen und damit strafbar. Da die Behörden Kenias aber nach allem was wir mittlerweile wissen, nicht zugestimmt haben, stellt dieser Piratenakt auch eine schwere Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität Kenias dar und ist dementsprechend völkerrechtswidrig. Das allein schon begründet schwere Bedenken gegen eine Aburteilung des Entführten durch die Entführer. In den letzten dreißig Jahren



Norman Paech Foto: Martin & Zielinske

hat sich in der Völkerrechtslehre zunehmend der Grundsatz durchgesetzt, dass aus einer Rechtsverletzung nie ein neuer Rechtstitel erwachsen kann: „ex iniuria ius non oritur“. Dieser Grundsatz ist in vielen Rechtsordnungen verankert. Nehmen wir die zahlreichen Absonderlichkeiten und Rechtsverletzungen vor und während des Prozesses von Imrali hinzu, so wird das zwangsläufige Todesurteil vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wo es jetzt überprüft wird, keinen Bestand haben können.

Doch Rechtskultur hin und politisches Gangstertum her, die Entführung und der Prozess haben auch die politischen Koordinaten der Kurdenfrage verändert. Zweifellos kam Öcalan bereits mit der Intention eines grundsätzlichen Wechsels in der Strategie des Kampfes um die kurdische Identität und Selbstbestimmung nach Europa. Für die Öffentlichkeit formuliert hat er sie aber erst während des Prozesses. Es war weni-

ger eine Rechtfertigung der Vergangenheit und schon gar nicht eine Verteidigung der ihm zur Last gelegten Taten. Es war viel mehr ein breitgefächerter Blick in die Zukunft, der Versuch eines programmatischen Anstoßes zu einem Dialog mit der türkischen Gesellschaft und Regierung, der bis jetzt so hartnäckig von dieser verwehrt wird.

Die hier ins Deutsche übertragene Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan ist als erneutes Angebot zur Eröffnung eines politischen Dialogs über das Zusammenleben des türkischen und des kurdischen Volkes in einem gemeinsamen Staat zu verstehen – auf der Basis sehr weitgehender strategischer Entscheidungen. Diese reichen zurück bis in das Jahr 1995, als die PKK definitiv auf das Projekt eines eigenen Staates verzichtete und die Zukunft des kurdischen Volkes innerhalb der Grenzen der Türkei definierte. Die türkische Regierung ist nie auf diesen fundamentalen Wandel in der kurdischen Politik eingegangen, sondern verfolgt bis auf den heutigen Tag Journalisten und Politiker, die sich der kurdischen Frage widmen, mit dem Vorwurf des Separatismus und Inhaftierung. Ebenso wenig hat das türkische Militär die drei Waffenstillstandsangebote der PKK von 1993, 1995 und 1998 angenommen, da es eine Lösung der Kurdenfrage nur auf der Basis eines militärischen Sieges und der bedingungslosen Kapitulation der kurdischen Guerilla suchte. Selbst die jüngste Entscheidung der PKK, auf weitere militärische Aktionen definitiv zu verzichten und die Guerilla aus ihren Kampfgebieten zurückzuziehen, führt bisher auf der türkischen Seite noch nicht zu einer entsprechenden Deeskalation. Immer wieder kommt es zu militärischen Aktionen der türkischen Seite, die es der kurdischen Guerilla offensichtlich nicht erlauben, vollkommen abzurüsten und zu demili-

tarisieren, um nicht auf einen Verteidigungsschutz zu verzichten. Dennoch ist der Gewaltverzicht glaubwürdig und der Rückzug der Guerilla weit fortgeschritten.

Die Verteidigungsrede lässt keinen Zweifel daran, dass der Gewaltverzicht endgültig und definitiv ist. Wenn sie das Drehbuch der neuen Weltordnung auch ablehnt, welches von den USA und der von ihr dominierten NATO diktiert wird, kann sie es doch nicht ignorieren. Wer das neue Strategiedokument studiert, welches im April 1999 zum 50jährigen Jubiläum der NATO in Washington verabschiedet worden ist, weiß, dass ein Kampf nach dem Vorbild der kolonialen Befreiungskämpfe gegen ein Mitglied dieses Herrschaftsbündnisses nicht mehr erfolgreich sein kann. Was die eritreische Befreiungsfront in einem dreißigjährigen blutigen Befreiungskampf gegen Äthiopien noch erreichen konnte, ist gegen einen NATO-Staat nicht möglich. Der Zerfall Jugoslawiens in mehrere souveräne Einzelstaaten fand die Unterstützung der NATO, und er ist unter ihrem Schutz noch nicht abgeschlossen. Gegen ihren Willen wäre er nicht erfolgt. Denn die Erosion von Staaten enthält immer ein unkalkulierbares Moment der Destabilisierung, welches die NATO laut Strategie vom April 1999 notfalls mit militärischer Intervention überall dort, wo die Interessen ihrer Staaten berührt werden, verhindern wird. Und solch ein sensibles Interessensfeld stellt der Südosten der Türkei dar. Die NATO hat lange genug gezeigt, dass sie den Zerfall der Menschenrechte, die Unterdrückung eines Volkes und die Vernichtung seiner Identität bereit ist hinzunehmen, wenn die Stabilität ihres strategischen Koordinatensystems in der Region gesichert bleibt. Das kurdische Volk und die PKK mussten einsehen, dass in einer unipolaren Weltord-

nung ohne das klassische Gleichgewicht konkurrierender Weltmächte und ohne das Funktionieren eines kollektiven Sicherheitssystems wie die UNO der isolierte Kampf eines einzelnen, durch mehrere Staatsgrenzen geteilten und in sich nicht einigen Volkes militärisch keine Chance hat. Dieser Satz darf allerdings nicht vergessen machen, dass es der bewaffnete Kampf war, der das kurdische Volk vor der Auslöschung seiner Identität bewahrte. Ohne diesen Kampf hätte sich das kurdische Bewusstsein nie zu einer Identität stiftenden Kraft entwickelt und wäre die kurdische Frage wohl kaum auf die internationale Tagesordnung gesetzt worden. Und die türkische Seite? Der Krieg hat sie keinen Schritt näher an die Lösung der kurdischen Frage herangebracht aber immer mehr in den Sumpf des Staatsterrors, der Korruption und Folter hinuntergezogen. Der Krieg hat nicht nur ihr Land sondern auch ihr politisches System verwüstet.

Der grundsätzliche Wechsel der Befreiungsstrategie von der militärischen Bekämpfung des kemalistischen Systems von außen zu einem Kampf um seine Demokratisierung mit ausschließlich politischen Mitteln von innen ist daher die logische Folgerung aus dem Scheitern des Krieges. Und es ist die zentrale Botschaft dieser Verteidigungsrede. Sie lautet, dass das Ziel der Anerkennung der Identität des kurdischen Volkes, seines Selbstbestimmungsrechts mit allen seinen kulturellen, politischen und ökonomischen Folgerungen für eine menschenwürdige Existenz innerhalb eines gemeinsamen Staatsverbandes nicht aufgegeben wird, dass der Weg zu ihm aber nur über die durchgreifende Demokratisierung aller Institutionen der türkischen Gesellschaft führt. Und diese Botschaft sollte den Regierungen der NATO- und EU-Staaten nicht

allzu fremd klingen. Es werden keine Rezepte oder Modelle der Demokratisierung gegeben, sei es der Föderalisierung, der Autonomie oder anderer Formen kooperativer Selbstverwaltung. Die Rede ist ein Bekenntnis zur Integration und ein Angebot zu gemeinsamen Bemühungen um Demokratie. Es werden die zentralen Unzulänglichkeiten des politischen Systems benannt, die unheilvolle Dominanz des militärischen Apparats, das grob gestrickte Netz politischer Korruption, die Abwesenheit einer rechtsstaatlichen Tradition und die Schwächen eines zu einer antidemokratischen Staatsideologie erstarrten Kemalismus. Die Perspektive geht allerdings über die türkischen Grenzen hinaus und erfasst ebenso die kurdische Existenz im Iran, Irak und Syrien.

Das kurdische Volk muss aus dem tödlichen Zirkel herauskommen, in den es durch staatliche Unterdrückung, Verachtung und Vernichtung und immer wieder aufflammende Aufstände mit den Nachbarvölkern eingepfercht ist. Da diese Völker derzeit keinen Ausweg finden, muss das kurdische Volk selber den Teufelskreis durchbrechen. Die äußere Lage des Autors und zum Tode Verurteilten erscheint schmachvoll und das Odium der Niederlage kaum günstig für ein erfolgreiches Angebot zu einem gemeinsamen Aufbruch gleichberechtigter Partner. Aber politische und militärische Niederlagen sind nicht immer historische Niederlagen, die die Lösung des Konfliktes nur auf der Leiche des anderen ermöglichen. Öcalan weist in seiner Rede darauf hin, dass er den Wechsel seiner Politik seit dem Waffenstillstandsangebot von 1993 im Auge hatte. Das ist lange Zeit wohl verkannt worden. Die veränderte Strategie ist kein Produkt von Verhaftung und Prozess, beide waren aber entscheidende Katalysatoren ihrer Formulierung. Was in der Öffentlichkeit gern als persönliche Niederlage eines gescheiterten Guerilla-Führers interpretiert wird,

entpuppt sich nun als zwar schmerzliche aber politisch gewinnbringende Etappe auf dem Weg der politischen Lösung - wahrscheinlich gegen die Absicht der Entführer, aber letztlich doch zu ihrem Nutzen. Schauen wir zu den Nachbarn: All die militärischen und politischen Niederlagen der PLO haben Israel nicht davor bewahrt, schließlich mit ihr am gleichen Tisch verhandeln zu müssen.

Die Dialektik der Geschichte wird nicht durch militärische Siege vorangetrieben, sondern durch die politische Klugheit und kämpferische Zähigkeit dessen, der sein historisch unanfechtbares Anliegen auch zum Zeitpunkt der vermeintlichen Aussichtslosigkeit nicht aus den Augen verliert. Und zumindest in der Türkei gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass die Botschaft aus dem Gefängnis einen intensiven Prozess der Reflexion über die Zukunft der Demokratie in der eigenen Gesellschaft freigesetzt hat.

Die Verteidigungsrede ist ein Dokument dieser Reflexion. Sie richtet sich nicht nur an das türkische, persische oder arabische Volk und seine Regierungen, sondern auch an das eigene in viele Fraktionen zersplitterte Volk - nicht zuletzt aber auch an uns Deutsche und unsere Regierung, die die PKK immer noch als kriminelle Organisation stigmatisiert und verfolgt. Die Politik der militärischen und politischen Unterstützung des türkischen Krieges hat zweifellos keinen Beitrag zur Demokratisierung in der Türkei geleistet - ebenso wenig wie der Guerillakampf. Dieser ist nun beendet, ein neuer Vorschlag liegt auf dem Tisch. Er ist es wert, genau studiert zu werden.

Abdullah Öcalan: Zur Lösung der kurdischen Frage - Visionen einer demokratischen Republik

Das Buch ist erhältlich bei:
Kurdistan Informations - Zentrum
Kaiser-Friedrich-Str. 63
10627 Berlin

Oder in jedem Buchhandel
unter der ISBN-Nummer 3-00-00-5739-0

lingsberater von Kardinal Hume, GB), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Dario Fo** (Regisseur, Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator der CI, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Dr. Rolf Gössner** (RA, Publizist), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, GB), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Máiréad Keane** (Vors. der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Jean-Jacques Kiryacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **Dietrich Kittner** (Kabarettist, Deutschland), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, GB), **Mairead Maguire** (Nobelpreisträger, Nordirland), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Renée le Migmot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Roland Oferinger** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Dr. Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, GB), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vors. der Magistratura Democratica, Italien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, GB), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **Lord John Nicholas Rea** (House of Lords, GB), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Günther Schwarberg** (Journalist, BRD), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, GB) **Prof. Dr. - Jean Ziegler**, (Nationalrat und Publizist, Schweiz)